

Az.: 3 D 1/21
1 K 1854/19



SÄCHSISCHES OBERVERWALTUNGSGERICHT

Beschluss

In der Verwaltungsrechtssache

des

- Kläger -
- Beschwerdeführer -

prozessbevollmächtigt:

gegen

die Große Kreisstadt Annaberg-Buchholz
vertreten durch den Oberbürgermeister
Markt 1, 09456 Annaberg-Buchholz

- Beklagte -
- Beschwerdegegnerin -

wegen

Wohngeldrecht
hier: Beschwerde gegen die Nichtbewilligung von Prozesskostenhilfe

hat der 3. Senat des Sächsischen Obergerverwaltungsgerichts durch den Vorsitzenden Richter am Obergerverwaltungsgericht Dr. Freiherr von Welck, den Richter am Obergerverwaltungsgericht Kober und die Richterin am Obergerverwaltungsgericht Nagel

am 23. Juli 2021

beschlossen:

Die Beschwerde des Klägers gegen die Ablehnung einer Bewilligung von Prozesskostenhilfe durch den Beschluss des Verwaltungsgerichts Chemnitz vom 18. Dezember 2020 - 1 K 1854/19 - wird zurückgewiesen.

Der Kläger trägt die Kosten des Beschwerdeverfahrens.

Gründe

- 1 Die Beschwerde des Klägers gegen die Ablehnung der Gewährung von Prozesskostenhilfe für seine Klage auf Bewilligung von Wohngeld ab dem 1. Oktober 2018 durch den Beschluss des Verwaltungsgerichts Chemnitz vom 18. Dezember 2020 bleibt ohne Erfolg.
- 2 Nach § 166 VwGO i. V. m. § 114 Abs. 1 Satz 1 ZPO erhält eine Partei, die nach ihren persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Kosten der Prozessführung nicht, nur zum Teil oder nur in Raten aufbringen kann, auf Antrag Prozesskostenhilfe, wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet und nicht mutwillig erscheint. Ausgehend von den verfassungsrechtlichen Vorgaben, dem Unbemittelten einen weitgehend gleichen Zugang zu Gericht zu ermöglichen, darf die Prüfung der Erfolgsaussichten nicht dazu dienen, die Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung selbst in das summarische Verfahren der Bewilligung von Prozesskostenhilfe zu verlagern und dieses an die Stelle des Hauptsacheverfahrens treten zu lassen. Das Prozesskostenhilfeverfahren soll den Rechtsschutz, den der Rechtsstaatsgrundsatz erfordert, nicht ersetzen, sondern zugänglich machen. Die Anforderungen an die hinreichende Erfolgsaussicht dürfen deshalb nicht überspannt werden (vgl. BVerfG, Beschl. v. 14. Juni 2006, BayVBl. 2006, 677 und Beschl. v. 26. Februar 2007, NVwZ-RR 2007, 361). Mithin muss der Erfolg nicht gewiss sein, es genügt eine gewisse Wahrscheinlichkeit, die bereits gegeben ist, wenn ein Obsiegen ebenso wahrscheinlich ist wie ein Unterliegen (vgl. Schmidt, in: Eyermann, VwGO, 15. Aufl. 2019, § 166 Rn. 26). Kommt zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts eine Beweisaufnahme ernsthaft in Betracht, ist eine hinreichende Erfolgsaussicht zu bejahen, wenn keine konkreten und nachvollziehbaren Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie mit

großer Wahrscheinlichkeit zum Nachteil des Antragstellers ausgeht (BVerfG, Beschl. v. 29. Oktober 2009 - 1 BvR 2237/09 -, juris; Riese, in: Schoch/Schneider, VwGO, 40. EL, Stand: Februar 2021, § 166 Rn. 85 m. w. N.).

- 3 Gemessen hieran hat die beabsichtigte Rechtsverfolgung des Klägers keine hinreichende Aussicht auf Erfolg.
- 4 1. Der 1988 geborene Kläger beantragte am 26. Oktober 2018 bei der Beklagten die Bewilligung von Wohngeld. Er gab an, Student zu sein, und legte eine Immatrikulationsbescheinigung für das erste Fachsemester der Technischen Universität C. vor. Ferner fügte er seinem Antrag einen zwischen ihm und seiner Schwester am 15. Dezember 2012 abgeschlossenen Mietvertrag über eine Wohnung in A. bei. Die Wohnung befindet sich in einem Haus, welches im Eigentum der Eltern steht. Ausweislich § 3 des Mietvertrags beläuft sich die monatliche Miete inkl. Nebenkosten auf 299 €. Eine Vereinbarung über die Zahlungsart enthält der Mietvertrag nicht. Zudem legte der Kläger eine Bescheinigung seiner Schwester vom 22. Januar 2018 vor, wonach das Mietverhältnis weiterhin bestehe und sowohl Miet- als auch Nebenkostenzahlungen regelmäßig entrichtet würden.
- 5 Mit Schriftsatz vom 12. Dezember 2018 forderte der Beklagte den Kläger unter anderem dazu auf, zum Nachweis der Mietzahlungen die Kontoauszüge der letzten drei Monate vorzulegen, sowie eine „Mietbescheinigung“ vom Vermieter ausfüllen zu lassen. Zur Begründung wurde auf die Mitwirkungspflicht (§ 60 Abs. 1 Satz 1 SGB I) verwiesen.
- 6 Am 21. Januar 2019 legte der Kläger unter anderem eine von seiner Mutter unterschriebene „Mietbescheinigung“ vor, welche als Vermieterin der o. g. Wohnung seine Schwester ausweist. Neben der Unterschrift der Mutter ist handschriftlich Folgendes vermerkt: „ordnungsgemäße Vollmacht liegt vor“. Die Vollmacht wurde bei der Beklagten nicht vorgelegt. Zudem übermittelte der Kläger eine Kopie eines „Mietquittungsbuchs“ (Bl. 20 der Verwaltungsakte) für den Zeitraum 4. Januar 2018 bis 4. Januar 2019. Die den Empfang der Miete bestätigende Unterschrift in diesem Buch stamme von seiner Mutter, welche von seiner Schwester zur Entgegennahme von Mietzinszahlungen bevollmächtigt worden sei. Die Vollmacht wurde nicht vorgelegt.
- 7 Mit Schriftsatz vom 6. Februar 2019 wurde dem Kläger mitgeteilt, dass bei der weiteren Prüfung seines Wohngeldantrags festgestellt worden sei, dass sein nachgewiesenes

monatliches Einkommen so gering sei, dass es nicht für die Bestreitung des Grundbedarfs im Sinne des Regelsatzes nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) ausreiche. Er habe einen Bedarf von 715 €, aber nur Einnahmen in Höhe von 225 €. Auch unter Berücksichtigung des zu erwartenden Wohngelds ergebe sich ein Fehlbetrag in Höhe von monatlich 279 €. Ausgehend davon forderte der Beklagte den Kläger zur genauen Aufstellung seiner monatlichen Einnahmen auf sowie dazu, entsprechende Nachweise zu erbringen. Ferner wurde um Nachreichung von ungeschwärzten und lückenlosen Kontoauszügen der letzten drei Monate gebeten. Dazu wurde ausgeführt: „u.a. sind Barzahlungen der Miete nur in Verbindung mit Kontoauszügen anzuerkennen“. Zur Begründung wurde auf die Mitwirkungspflicht (§ 60 Abs. 1 Satz 1 SGB I) verwiesen.

- 8 Mit E-Mail vom 18. Februar 2019 bat der Kläger u. a. um Mitteilung der gesetzlichen Grundlage für einen Einblick in seine Kontoauszüge. Mit Antwortmail vom 20. Februar 2019 teilte die Beklagte mit, dass Wohngeld grundsätzlich nur für reale Aufwendungen geleistet werde. Dafür genüge die Vorlage von Mietquittungen über Barzahlungen nicht, insbesondere bei einem Näheverhältnis zwischen Mieter und Vermieter. Zudem habe man den Anspruch dem Grunde nach zu prüfen. Die Anforderung der Kontoauszüge sei auch nicht unverhältnismäßig, da auch eine Plausibilität der Einnahmen zu den Ausgaben nicht gegeben sei.
- 9 Mit Schreiben vom 3. März 2019 teilte der Kläger mit, dass er von seinen Eltern einen Studienkredit erhalten habe, welcher ihm in monatlichen Raten von 300 € ausbezahlt werde. Einen Nachweis legte er nicht vor. Er teilte ferner mit, dass er der Vorlage der Kontoauszüge vorerst nicht nachkommen werde, da § 60 Abs. 1 Satz 1 SGB I dies nicht abdecke.
- 10 Mit Bescheid vom 8. März 2019 lehnte der Beklagte die Bewilligung von Wohngeld ab dem 1. Oktober 2018 ab. Zur Begründung wurde unter anderem angeführt, dass die anspruchsbegründenden Tatsachen für die Wohngeldgewährung trotz der Mitwirkung des Klägers nicht hätten festgestellt werden können. Es hätten keine tatsächlich gezahlten Mietkosten nachgewiesen werden können. Sein hiergegen erhobener Widerspruch wurde mit Widerspruchsbescheid vom 6. September 2019 zurückgewiesen. Zur Begründung dieser Entscheidung wurde zusammengefasst ausgeführt, dass die Leistung von Mietzahlungen Voraussetzung für die Wohngeldgewährung sei, die Vorlage von Kontoauszügen über den realen Mittelabfluss verlangt werden könne und nicht

unverhältnismäßig sei. Die Vorlage eines Mietquittungsbuchs genüge bei einem Näheverhältnis zwischen Mieter und Vermieter nicht. Auch seine Einnahmen habe der Kläger nicht hinreichend belegt. Trotz mehrfacher Aufforderung zur Aufklärung des Sachverhalts und Vorlage entsprechender Nachweise sei der Kläger untätig geblieben. Die dadurch eingetretene Unaufklärbarkeit der anspruchsbegründenden Tatsachen, insbesondere der Miet- und Einkommensverhältnisse, gehe zu seinen Lasten.

- 11 Zur Begründung seiner hiergegen erhobenen Klage, bei der er auf Grundlage der Vollmacht vom 1. September 2019 von seiner Mutter vertreten wird, führt der Kläger zusammengefasst an, dass das Verlangen nach dem Einblick in die Kontoauszüge in keiner Weise der Datenschutzgrundverordnung entspreche. Die Beklagte habe seine Frage nach der Rechtsgrundlage für die Vorlage der Kontoauszüge und, welche Erkenntnisse sie aus diesen ziehen wolle, bis zum Erlass des Widerspruchsbescheids nicht beantwortet. Der Bescheid vom 8. März 2019 ignoriere das Mietquittungsbuch komplett. Eine telefonisch angebotene eidesstattliche Versicherung zur Richtigkeit des Mietquittungsbuchs sei nicht angefordert worden. Im Widerspruchsbescheid werde im Gegensatz zum Ablehnungsbescheid die Mitwirkung des Klägers bestritten. Wiederholt werde dem Kläger praktisch versuchter Betrug unterstellt, indem jede seiner Aussagen angezweifelt werde. Es sei nie ein Nachweis angefordert worden, was die finanziellen Mittel betreffe, mit denen er seinen Lebensunterhalt bestreite. Er sei lediglich um eine Aufstellung gebeten worden. Auch sei zu keinem Zeitpunkt die Anforderung von Kontoauszügen damit begründet worden, eventuelle zusätzliche Einnahmen erkennen zu wollen. Lückenlose und ungeschwärzte Kontoauszüge seien mit dem Persönlichkeitsrecht und der Datenschutzgrundverordnung nicht vereinbar. Daher sei deren Erbringung abgelehnt worden. Weitere Nachweise hätten erbracht werden können, wenn dem Kläger bekannt gewesen wäre, wofür die Beklagte diese benötige.
- 12 Am 6. Mai 2020 zeigte sich die M. Rechtsanwaltsgesellschaft mbH als (weiteren) Prozessvertreter an und beantragte Akteneinsicht. Mit Schriftsatz vom 16. Juli 2020 erfolgte eine Teilklagerücknahme sowie ein Antrag auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe sowie der Beiordnung der M. Rechtsanwaltsgesellschaft.
- 13 Die Bewilligung von Prozesskostenhilfe und die Beiordnung des vorgenannten Prozessbevollmächtigten lehnte das Verwaltungsgericht mit streitgegenständlichen Beschluss vom 18. Dezember 2020 ab. Zur Begründung seiner Entscheidung hat es zusammengefasst darauf verwiesen, dass ein Anspruch des Klägers auf Wohngeld am

fehlenden Vorliegen eines echten Mietverhältnisses scheitern dürfte. Mietverträge unter Verwandten müssten tatsächlich durchgeführt werden, insbesondere der Mietzins regelmäßig gezahlt werden. Für die Frage, ob unter Abwägung aller Umstände zwischen dem Kläger und seiner Schwester ein echter Mietvertrag vorliege, könne auf die in der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts geklärten ausbildungsförderungsrechtlichen Grundsätze zur Berücksichtigung eines das Vermögen mindernden Darlehens naher Angehöriger zurückgegriffen werden. Danach sei maßgeblich, ob ein Darlehensvertrag zivilrechtlich wirksam geschlossen worden sei. Dafür sei auch auf Indizien, d. h. auf äußerliche Merkmale als Beweisanzeichen abzustellen. Übertragen auf ein Mietverhältnis bedeute dies, dass festzustellen sein müsse, dass die Vereinbarungen aus dem Mietverhältnis von den Parteien eingehalten werden. Davon könne nicht ausgegangen werden, weil es an einem plausiblen Grund dafür fehle, weshalb und auf welcher rechtlichen Grundlage die in Österreich lebende Schwester in dem auf dem Grundstück ihrer Eltern befindlichen Wohnhaus (noch) eine Wohnung vorhalte, die sie an den Kläger vermietet haben will. Auch die vom Kläger behauptete Barzahlung der Miete an seine Mutter spreche in Ansehung dessen, dass seine Schwester nicht mehr in Deutschland lebe, gegen ein wirklich bestehendes Mietverhältnis. Für diese unpraktikable und unzeitgemäße Vorgehensweise fehle jede nachvollziehbare Begründung. Es sei auch nicht dargetan, wie die Schwester letztlich in den Besitz des Mietzinses komme.

- 14 Zur Begründung seiner hiergegen erhobenen Beschwerde hat der Kläger auf die Ausführungen in seinen Schriftsätzen im Klageverfahren verwiesen.
- 15 Mit E-Mail vom 24. Januar 2021 hat der Kläger mitgeteilt, dass er der M. Rechtsanwaltsgesellschaft mbH an diesem Tag das Mandat entzogen habe.
- 16 2. Unter Berücksichtigung des Beschwerdevorbringens und nach Durchsicht der Behörden- und Verfahrensakte besteht kein Anlass zur Abänderung der verwaltungsgerichtlichen Entscheidung. Die Klage hat bei summarischer Prüfung keine Aussicht auf Erfolg, weil bereits nicht erkennbar ist, dass der Kläger tatsächliche Aufwendungen für Miete getätigt hat, was jedoch nach § 3 Abs. 1 WoGG Voraussetzung des von ihm begehrten Mietzuschusses ab dem 1. Oktober 2018 ist.
- 17 2.1 Vor diesem Hintergrund kann der Senat auch dahinstehen lassen, ob dem Erfolg seiner Beschwerde gegen die Nichtbewilligung von Prozesskostenhilfe bereits entgegensteht, dass aufgrund der nicht mehr gegebenen Vertretung des Klägers durch einen

Rechtsanwalt nicht mit dem Anfall von Kosten zu rechnen ist, die von einer bewilligten Prozesskostenhilfe erfasst wären.

- 18 Nach § 166 VwGO i. V. m. § 114 Abs. 1 Satz 1 ZPO erhält Prozesskostenhilfe nur, wer nach seinen persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Kosten der Prozessführung nicht, nur zum Teil oder nur in Raten aufbringen kann. Dies setzt voraus, dass in dem Verfahren, für das Prozesskostenhilfe bewilligt werden soll, überhaupt Kosten entstehen können, die von einer bewilligten Prozesskostenhilfe erfasst wären (SächsOVG, Beschl. v. 6. Juli 2015 - 3 D 36/15 -, juris). Nachdem der Kläger seinem vormaligen Prozessbevollmächtigten das Mandat entzogen, keinen neuen Prozessbevollmächtigten beauftragt und auch nicht die Beiordnung eines anderen Rechtsanwalts beantragt hat, sind vorgenannte Kosten in diesem Verfahren nicht mehr zu erwarten. Das Verfahren selbst ist gerichtskostenfrei (BVerwG, Urt. v. 23. April 2019 - 5 C 2/18 -, juris). Auf die Verpflichtung, im Fall des Unterliegens die dem Gegner - der im Übrigen auch keinen Prozessbevollmächtigten beauftragt hat - entstandenen Kosten zu erstatten, hätte die Bewilligung von Prozesskostenhilfe gemäß § 123 ZPO keinen Einfluss. Allerdings hat die Tätigkeit des vom Kläger beauftragten Rechtsanwalts entsprechend Absatz 2 der Vorbemerkung 3 zu Teil 3 der Anlage 1 zum Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) bereits die Verfahrensgebühr entstehen lassen, weil der Rechtsanwalt durch die von ihm genommene Akteneinsicht und Teilklagerücknahme das Geschäft betrieben hat. Ob diese Gebühren durch eine nunmehr allenfalls für den Zeitraum seiner Tätigkeit denkbare Beiordnung, einen Prozesskostenhilfeanspruch noch begründen können, ist jedoch fraglich, da Prozesskostenhilfe kein gesetzlicher Sicherungsanspruch anwaltlicher Gebührenansprüche ist (SächsOVG, Beschl. v. 24. November 2010 - 5 D 162/10 -, juris Rn. 5 zum Fall eines verstorbenen Mandanten). Auch erscheint der vormalige Prozessbevollmächtigte des Klägers deswegen nicht schutzwürdig, weil er seine Tätigkeit bereits aufgenommen hat, bevor über seine Beiordnung rechtskräftig entschieden worden war (vgl. OLG Rostock, Beschl. v. 14. April 2010 - I Ws 96/10 -, juris Rn. 2 zu § 140 StPO). Andererseits ist auch in der Rechtsprechung des Senats anerkannt, dass Prozesskostenhilfe ab dem Zeitpunkt der Bewilligungsreife gewährt wird (SächsOVG, Beschl. v. 26. August 2015 - 3 D 39/15 -, juris), welche hier vor der Mandatsentziehung eingetreten war. Wie ausgeführt, bedarf es vorliegend aber keiner Entscheidung dieser Frage, weil die Beschwerde jedenfalls auch im Übrigen nicht erfolgreich ist.

- 19 2.2 Das Verwaltungsgericht hat dem Kläger zurecht die Bewilligung von Prozesskostenhilfe mit der Begründung versagt, dass dieser keine tatsächlich getätigten Aufwendungen für Mietzahlungen ab dem 1. Oktober 2018 nachgewiesen hat. Vor diesem Hintergrund kann der Senat die Frage, ob der Kläger sein für die Wohngeldberechnung ebenfalls zu ermittelndes Gesamteinkommen (§ 4 Nr. 3 WoGG) durch Nachweis seiner Einnahmen und Ausgaben (vgl. § 13 WoGG) hinreichend belegt hat, dahinstehen lassen.
- 20 a) Soweit der klägerische Vortrag so zu verstehen ist, dass der Beklagte die Bewilligung von Wohngeld ab dem 1. Oktober 2018 zu Unrecht wegen einer Verletzung der Mitwirkungspflicht, welche nicht gegeben sei, abgelehnt habe, ist er darauf zu verweisen, dass weder der Ausgangsbescheid vom 8. März 2019 noch der Widerspruchsbescheid vom 6. September 2019 die Ablehnung der Leistung auf § 66 Abs. 1 Satz 1 SGB I stützen. Im Ausgangsbescheid vom 8. März 2019 heißt es sogar ausdrücklich, dass die Leistungsvoraussetzungen trotz der Mitwirkung des Klägers nicht festgestellt werden konnten. Auch soweit im Widerspruchsbescheid vom 6. September 2019 die Verletzung einer Mitwirkungspflicht durch den Kläger nach § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und 3 SGB I thematisiert wird, hatte dies nicht zur Folge, dass der Beklagte die Voraussetzungen des § 66 Abs. 1 Satz 1 SGB I als gegeben ansah. Vielmehr stützte die Widerspruchbehörde ihre Entscheidung auf den Umstand, dass das Vorliegen der Leistungsvoraussetzungen nicht hinreichend nachgewiesen sei. Ein solches Vorgehen ist auch zulässig und die Behörde nicht verpflichtet, bei Mitwirkungspflichtverletzungen nach § 66 Abs. 1 SGB I vorzugehen, denn die Leistungsveragung nach dieser Vorschrift und die Leistungsveragung wegen Unaufklärbarkeit des Sachverhalts sind an unterschiedliche Voraussetzungen geknüpft (BVerwG, Urt. v. 16. Januar 1974 - VIII C 117/72 -, juris Rn. 22 f.; VGH BW, Beschl. v. 7. Juni 2004 - 12 S 2654/03 -, juris Rn. 8 m. w. N.).
- 21 b) Zutreffend ist das Verwaltungsgericht weiter davon ausgegangen, dass die Voraussetzungen für eine Bewilligung von Wohngeld ab dem 1. Oktober 2018 nicht vorlagen.
- 22 Nach § 3 Abs. 1 WoGG besteht ein Anspruch auf Mietzuschuss nur dann, wenn die wohngeldberechtigte Person Wohnraum gemietet hat. Ausgehend von dem in § 1 Abs. 1 WoGG formulierten Zweck der Sozialleistung soll durch den Mietzuschuss angemessenes und familiengerechtes Wohnen wirtschaftlich gesichert werden. Daraus wird allgemein geschlussfolgert, dass Mietzinszahlungen auch tatsächlich anfallen müssen (vgl. NdsOVG, Beschl. v. 29. Mai 2012, - 4 LA 114/12 -, juris; OVG NRW,

Beschl. v. 24. März 2011 - 12 A 2783/10 -, juris; Berlit, infoalso 2014 S. 243, 251; Stadler/Gutekunst/Dietrich/Bräuer/Wiedmann, WoGG, Stand: April 2017, § 1 Rn. 9; Winkler, in: Rolfs/Giesen/Kreikebohm/Meißling/Udsching, BeckOK Sozialrecht, 61. Ed., Stand: 1. Juni 2021, § 3 WoGG Rn. 6). Dies ist nach § 60 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB I, wonach derjenige, der Wohngeld beantragt hat, alle Tatsachen anzugeben hat, die für die Entscheidung über seinen Wohngeldantrag erheblich sind, auch nachzuweisen. Die Mitwirkungsobliegenheiten des SGB I gelten auch im Rahmen des Wohngeldgesetzes, vgl. § 23 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 WoGG. Insoweit trifft den Kläger als Hilfesuchenden die materielle Beweislast und dem folgend auch die Darlegungslast (BVerwG, Urt. v. 16. Januar 1974 a. a. O., und Urt. v. 2. Juni 1965 - V C 63/64 -, juris Rn. 29; OVG NRW, Urt. v. 20. Februar 1998 - 8 A 5181/95 -, juris Rn. 6 ff. m. w. N.; BayVGh, Beschl. v. 11. Januar 2021 - 12 ZB 20.3055 -, juris Rn. 3). Bestehen Zweifel hinsichtlich der Anspruchsvoraussetzungen, obliegt es dem Hilfesuchenden, diese durch Darlegung geeigneter Tatsachen auszuräumen, insbesondere wenn es sich wie hier um aus seinem persönlichen Lebensbereich stammende Umstände handelt. Kommt er dem nicht nach, so ist es insbesondere auch nicht Aufgabe des Verwaltungsgerichts, seinen Vortrag durch eine Beweisaufnahme schlüssig zu machen (OVG NRW, a. a. O. Rn. 8; VGh BW, a. a. O. Rn. 7).

- 23 Ausgehend von diesen Maßstäben erscheint es auch dem Senat nicht überwiegend wahrscheinlich, dass das Verwaltungsgericht im Rahmen des Hauptsacheverfahrens zu der Überzeugung gelangen wird, dem Kläger werde der Nachweis seiner Mietzahlungen gelingen. Dabei ist der Sach- und Streitstand, wie er sich aus dem Klageverfahren ergibt, zugrunde zu legen. Da es an einem schlüssigen klägerischen Vortrag mangelt, ist das Verwaltungsgericht auch nicht zur Durchführung einer Beweisaufnahme verpflichtet.
- 24 Aus dem klägerischen Vortrag und den von ihm im Verwaltungs- und Gerichtsverfahren vorgelegten Nachweisen ergibt sich nicht, dass er ab Oktober 2018 tatsächlich Aufwendungen für seine Miete hatte.
- 25 Soweit das Verwaltungsgericht zum Nachweis derselben den vorgelegten Mietvertrag mit der Schwester und das „Mietquittungsbuch“ nicht ausreichen lassen hat, ist dies nicht zu beanstanden.
- 26 Bei anspruchsbegründenden Tatsachen, die durch vertragliche Verpflichtungen zwischen untereinander in ein einem Näheverhältnis stehenden Personen geprägt sind,

ist die Vorlage eines zivilrechtlichen Vertrags regelmäßig nicht ausreichend, um darauf die volle richterliche Überzeugung von dessen tatsächlichen Vollzug zu stützen (SächsOVG, Beschl. vom 25. März 2010 - 4 A 453/09 -, juris Rn. 5.; Berlit a. a. O.; Stadler/Gutekunst/Dietrich/Bräuer/Wiedmann a. a. O.). Bei derartigen Konstellationen besteht eine besondere Gefahr für Gefälligkeitsleistungen. Entsprechendes gilt, wenn in einem Näheverhältnis Barzahlungen zur Begleichung von Verbindlichkeiten erbracht werden. Daher können diese regelmäßig auch nicht durch die bloße Vorlage eines Mietquittungsbuches nachgewiesen werden (Stadler/Gutekunst/Dietrich/Bräuer/Wiedmann a. a. O.). Dies gilt umso mehr, wenn wie hier die weiteren Gesamtumstände derart außergewöhnlich sind, dass sie jeder Lebenserfahrung und Praktikabilität widersprechen, und der Kläger davon absieht, die dafür wohl bestehenden Beweggründe auszuführen, um so ansatzweise schlüssig zur Sache vorzutragen. Davon hat er insbesondere auch im Beschwerdeverfahren abgesehen, indem er nur auf seinen bisherigen Sachvortrag, der sich dazu jedoch in keiner Weise verhält, verwiesen hat. Bei dieser Sachlage ist das Gericht auch nicht verpflichtet, ins Blaue hinein Ermittlungen zur Frage einer tatsächlichen Mietzinszahlung durchzuführen, so dass Prozesskostenhilfe auch nicht in Anbetracht einer zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts durchzuführenden Beweisaufnahme zu bewilligen ist.

- 27 c) Die Frage, ob die Beklagte den Kläger zu Unrecht zur Vorlage der ungeschwärzten Kontoauszüge für drei Monate aufgefordert hatte, kann der Senat mangels Entscheidungserheblichkeit dahinstehen lassen. Grundsätzlich stellt es auch nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts keinen unzulässigen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung dar, wenn ein sozialer Leistungsträger zum Nachweis anspruchsbegründender Voraussetzungen Einsicht in die Kontounterlagen von drei Monaten nimmt (BVerfG, Beschl. v. 13. August 2009 - 1 BvR 1737/09 -, juris). Auch die Datenschutzgrundverordnung steht einer entsprechenden Einsichtnahme nicht entgegen, wenn die Daten zur Erfüllung der Aufgabe der sie erhebenden Stelle erforderlich sind (Wrackmeyer-Schoene, in: Berlit/Conradis/Pattar, Existenzsicherungsrecht, 3. Aufl. 2019, Kap. 48 Rn. 11). Dafür bedarf es auch nicht des Verdachts eines Leistungsmissbrauchs (BSG, Urt. v. 19. September 2008 - B 14 AS 45/07 R -, juris Rn. 24). Der Einsichtsumfang wird allerdings durch die Notwendigkeit der Kenntnis zur Erfüllung der Aufgabe der erhebenden Stelle begrenzt, vgl. § 67a Abs. 1 SGB I (BSG a. a. O.), und kann sich insbesondere auf die Adressaten/Empfänger von Zahlungen und den Verwendungszweck beziehen. Ausgehend davon, dass sich die Beklagte zur Feststellung der anspruchsbegründenden Tatsachen nicht nur von tatsächlichen Mietzahlungen zu überzeugen hatte, sondern aufgrund der von ihr aufgezeigten

Einkommensunterdeckung, bezogen auf den Bedarf entsprechend dem SGB XII, die generelle Hilfebedürftigkeit anzweifeln musste und der Kläger bis heute nur sein nicht bedarfsdeckendes Einkommen aus Erwerbstätigkeit nachgewiesen hat, spricht aber viel dafür, dass sie sich vorliegend Kenntnis über die vollständigen Einnahmen und Ausgaben des Klägers verschaffen musste und daher zur entsprechenden Einsichtnahme auch berechtigt war. Allerdings wäre der Kläger wohl zunächst dazu berechtigt gewesen, etwa den Verwendungszweck zu schwärzen (vgl. BSG, a. a. O. Rn. 24). Letztlich kann die Frage, ob die Kontoauszüge zu Recht angefordert worden waren, aber dahinstehen, denn die Beklagte hat ihre Entscheidung nicht allein darauf gestützt, dass der Kläger diese nicht vorgelegt hat, sondern ist aufgrund einer wertenden Gesamtbetrachtung zu der Überzeugung gelangt, dass er den Nachweis tatsächlicher Mietzinszahlungen nicht erbracht hat. Dabei ist sie ausweislich ihrer Entscheidungsgründung nicht (mehr) davon ausgegangen, dass dieser Nachweis nur mittels ungeschwätzter Kontoauszüge für drei Monate erbracht werden konnte. So stand und steht es dem Kläger frei, soweit es nur um den Nachweis seiner Mietzahlungen geht, Kontoauszüge vorzulegen, die zumindest diese Ausgaben erkennen lassen. Allerdings wird dies, da der Kläger nach wie vor auch die weiteren Voraussetzungen seines Wohngeldanspruchs nachzuweisen hat, wohl nicht ausreichen, um seiner Klage auch im Ergebnis zum Erfolg zu verhelfen.

- 28 Die Kostenentscheidung beruht auf § 154 Abs. 2 VwGO. Außergerichtliche Kosten werden nach § 166 Abs. 1 Satz 1 VwGO i. V. m. § 127 Abs. 4 ZPO nicht erstattet. Einer Streitwertfestsetzung bedarf es nicht, weil eine Festgebühr nach § 3 GKG i. V. m. Nr. 5502 des Kostenverzeichnisses der Anlage I zum GKG in Höhe von 66 € erhoben wird.
- 29 Der Beschluss ist unanfechtbar (§ 152 Abs. 1 VwGO).

gez.:
v. Welck

Kober

Nagel